

Merseburger Correspondent.

Erhebt täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn-
feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,90 Mk.,
den Boten frei ins Haus 2,10 Mk.; durch die Post
Mk. einschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf
dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
— Fernsprecher Nr. 324. —

Gratisbeilagen:
Untriertes Unterhaltungsblatt
Landwirtsch. u. Handelsbeilage
Wissenschaftliches Monatsblatt
Kotierisches — Kurszettel

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeitspaltzeile oder deren
Raum 20 Pf., im Restmetri 75 Pf., Chiffreanzeigen und
Nachweilungen 20 Pf. mehr. Blagorichkeit ohne Verbind-
lichkeit. Schluss der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
— Geschäftsstelle: Delbrücke 9. —

Nr. 15

Freitag den 18. Januar 1918

44. Jahrg.

Fortgang der Friedensverhandlungen. — Geringe Gefechtsstätigkeit auf allen Fronten.

Der bewährte Kurs.

Wie wir mit Sicherheit angenommen und hier auch
immer zum Ausdruck gebracht haben, sind alle für das
Gelingen des Reichs verantwortlichen Stellen entschlossen,
den alten, bewährten Kurs weiterzuführen. Die Krise
der letzten Tage, die allerdings mehr in der Einbildung
aufgegriffen oder, was schlimmer ist, parteipolitisch inter-
essierter Zeitungen bestand, ist völlig beiseite, aber nicht
dadurch, daß irgendeine Neuordnung stattgefunden hätte,
vielmehr allein dadurch, daß sich alle verantwortlichen
Stellen aufs neue in dem Entschluß zusammenfanden,
die bisher wahrgenommene und sich täglich besser bewäh-
rende Politik fortzusetzen. Die wohlunterrichtete „Germa-
nia“ schreibt denn auch kurz und bündig: „Die Grund-
lagen unserer Friedenspolitik bleiben in der Tat die
alten.“ Und sie fügt ausdrücklich und wohl nicht ohne
Absicht hinzu, daß es so nicht notwendig war, dem Staats-
sekretär von Kühlmann für die Verhandlungen in West-
Bukarest neue Weisungen zu geben. Auch in ihren wei-
teren Ausführungen entwickelt die „Germania“ Gedanken,
denen man nur rückhaltlos zustimmen kann. So betont
sie vor allem die Lächerlichkeit der Annahme, daß Deutsch-
land plötzlich politische Gewissensänderungen vollziehen
würde, die nicht nur unzulässig, sondern auch für die
deutsche Politik verhängnisvoll wären. Die nach nur
wenigen Wochen von den verantwortlichen Stellen ein-
gehend und in völliger Einigkeit gesprochen worden ist.
Graf Hertling sei kein schwankendes Rohr, er wisse, was
er will und was er für das Vaterland erstrebt. Er habe
sich diese seine Meinung auch nicht erst von gestern auf
heute gebildet und könne und werde sie darum auch nicht
von heute auf morgen wieder aufgeben. Alles das, so
wählen wir untererzählt hinzusetzen, sind Charaktereigensch-
aften, deren Mißbeachtung nur dazu dienen könnte,
das Reichsgeheimnis in schmerzlicher Weise zu bringen. Weder
fehlt es ja nun nicht an Reuten, die vor solcher falschen
Behauptung nicht zurückweichen, und es ist bemerkenswert,
daß diese Katastrophentheorien zugleich für sich in Anspruch
nehmen, die besten aller Deutschen, wenn nicht gar die
einigen zu sein. In solcher mit uns durchaus überein-
stimmender Erkenntnis stellt dann die „Germania“ auch
sicher fest, daß die gegenwärtige Krise auch nicht im Schoße
der Reichsleitung oder der Obersten Heeresleitung ent-
standen sei, daß sie aber von den politischen Kreisen ge-
schürt worden ist, die wieder einmal die Zeit für ge-
kommen hielten, unter dem Druck einer allgemeinen Ver-
wirrung ihre Sonderabsichten zu erreichen. Die „Ger-
mania“ legt ausdrücklich die tschechische Frage in der off-
entlichen Presse war gar nicht zu verkennen.“ Wer die
Vorläufe, um die es sich hier handelt, genau verfolgt hat,
kann zu einer anderen Auffassung gar nicht kommen.
Gerade darum aber wird jeder, dem es um das Geschick
des Reiches wirklich ernsthaft zu tun ist, von nun an mit
doppelter Eifer darauf achten müssen, daß für absehbarer
Zeit nicht wieder qualmende Rauchwolken in die Luft ge-
blasen werden, wo überhaupt kein Feuer ist. Die Aus-
sichten und ihre Freunde haben es wohl nicht nötig, wenn
den verantwortlichen Stellen der rechten Weg zu
weisen, und es ist darum ebenso falsch wie unangemessen,
wenn sie heute so tun, als hätten sie sich wieder einmal
als Helfer des Vaterlandes bewährt. Bewährt hat
sich allein die Politik, die Deutschland seit
dem ersten Kriegstage betreibt und die
darauf wurzelt, daß alles, was geschieht,
seine Grenzen in den Staatsnotwendig-
keiten des Reiches findet.“

Der Weltkrieg

Die Friedensverhandlungen in West-Bukarest.

Deutschlands äußerste Vorkläufe.
Am 14. Januar 5 Uhr nachmittags hielt die deutsch-
österreichisch-ungarisch-russische Kommission

zur Beratung der territorialen Fragen
ihre vierte Sitzung ab. Staatssekretär v. Kühlmann
teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Ent-
schluß gekommen seien, die formulierten Vorschläge der
russischen Delegation ihrerseits gleichfalls in formulierter
Form mündlich zu beantworten.
An der materiellen Antwort der Verbündeten
heißt es: Die der deutschen und österreichisch-ungarischen
Delegation übermittelten Vorschläge der russischen Dele-
gation betreffend die Einwirkung der Dinge in den von
den Zentralmächten besetzten Gebieten Rußlands weichen
in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeich-
net werden müssen. Ohne des näheren auf die
äußere Form dieser Vorschläge eingehen zu wollen, kann
doch nicht unbemerkt bleiben, daß sie nicht den Charakter
des von den Mittelmächten angebotenen Kompromisses
tragen, sondern sich vielmehr als einseitige russische
Forderungen darstellen, die von Rußland vermittelt
sich, die berechtigten Gründe der Gegenseite
in Rechnung zu ziehen.

Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die
deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formu-
liert ihre Anschauungen über die streitigen Fragen klar
zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch
zu unternehmen, ob das von ihnen angebotene
Kompromiss Aussicht auf Verwirklichung
bieten kann.

Die Frage nach den zur Zeit von den Verbün-
deten besetzten Gebieten, die ein eigenes staat-
liches Leben besitzen, wäre rein zeitlich in viele Stadien
zu gliedern. Derzeit ist die Zeitrechnung der russischen
Delegation zwischen dem Zeitpunkt der russischen
Demobilisierung und dem Zeitpunkt zwischen dem
russischen und dem allgemeinen Frieden, den
Zeitpunkt des Übergangsstadiums für die neuen
Völker und endlich das definitive Stadium, in
dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer
Staatsorganisation durchzuführen.

Kühlmanns äußerste Vorschläge geben da-
hin:

Zu I. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht
stehe den Nationen und nicht auch Teilen von Na-
tionen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des
Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen
können ihre Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig
beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß
die Okkupationsgrenze für die Abgrenzung dieser Gebiete
maßgebend sein soll. Anland, Bikanen und Polen bilden
auch historisch angelegene russische Einheiten.
Deutschland und Österreich-Ungarn haben nicht die
Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete
einzuverleihen. Sie beschließen nicht, die frag-
lichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform
zu nötigen, müssen aber sich und den Vätern der besetzten
Gebiete für den Abschluß von Verträgen dieser Art freie
Hand vorbehalten.

Zu II. Was die Ausführungen hierzu betrifft, so
gehen sie an dem grundlegenden Unterchied vorbei, auf
den die verbündeten Delegationen immer wieder hinge-
wiesen haben. Eine

Zurückziehung der Heere.

solange der Weltkrieg dauert, ist unmöglich, jedoch kann
angestrebt werden, die Truppen, falls die militärischen
Umstände es gestatten, auf diejenige Zahl zurück-
zuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ord-
nung und der technischen Betriebe im Lande un-
bedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen
Gendarmarie kann angestrebt werden. Was die
Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges
Evakuierten betrifft, so wird eine wohlwollende Prüfung
von Fall zu Fall zugestanden. Diese Frage kann, da sie nicht
von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer be-
sonderen Kommission überlassen werden.

Zu III. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzel-
heiten nicht klar genug und bedarf der weiteren Aufstel-
lung. Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß mit der
fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den
gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in
immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den
Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu IV. Die verbündeten Delegationen sind grundsätz-
lich bereit, zuzustimmen, daß
ein Volkssotum auf breiter Grundlage

die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete
sanktionieren soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Re-
ferendum erscheint unpraktisch. Auch ein Votum
einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten re-
präsentativen Körperschaft würde nach Anhörung der
verbündeten Delegationen genügen. Es muß darauf hin-
gewiesen werden, daß auch die von der Regierung der
Vollkommener anerkannten Staatenbildungen
innerhalb des ehemaligen russischen Kaiser-
reiches, wie z. B. der Ukraine und Finnlands, nicht
im Wege eines Referendums, sondern durch Bo-
schlüsse von auf breiter Grundlage gewählten National-
versammlungen erfolgen.

Von dem Wunsch befreit, es neuerdings zu versuchen,
zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu
gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und öster-
reich-ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht,
fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie
den äußersten Rahmen bilden,

innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung
noch erhoffen können. Sie waren bei der
Entscheidung dieser Grundzüge ebenso von der pflichtge-
truen Sachhaltigkeit der Kammermitglieder
nicht schwächen zu lassen, solange der ungeliebte Krieg noch
fortdauert, als auch von der Intention, einige Völker, die
an ihr Gebiet angrenzen, instand zu setzen, endgültig und
selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne
dabei in einen Zustand der äußersten Not, des Elends
und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung
zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese
schwierigen Fragen ist nur dann möglich, wenn auch
Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu
einer Vereinbarung gelangen zu wollen, und wenn es an-
statt des Versuches, einseitig Diktate aufzu-
stellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegen-
seite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der
allein zu einem friedlichen Ergebnis füh-
ren kann. Nur unter Voraussetzung solcher Inten-
tionen können die Delegationen der verbündeten Mächte
noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des
Konfliktes festhalten.

Hierauf ergriff Trost das Wort und erklärte u. a.:
Er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentral-
mächte jedenfalls die Zweifel über die formalen
Schwierigkeiten beseitigt haben, die für die
russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung ge-
haltene Rede des Generals Hoffmann entstanden waren.
Herr Trost kam auch auf das Schicksal der be-
setzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bis-
herigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluss
ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals
dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf,
ob ein Volk bereit ist, in die Hand der russischen
Delegation in die eigene Hand zu nehmen. Er
möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß
die geäußerte Ansicht über die Ansicht der russischen
Delegation beschränkt sein kann über die sehr unter-
geordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie in der Frage
der Entscheidung des Schicksals von Völkern
spiele. Was die Form des Verhandlungsanfangs, so
halte es die russische Delegation für notwendig, gerade
diejenigen Punkte in den Vorkläufen zu stellen, die
den Gegenstand von Meinungsverschieden-
heiten bilden, und dies mit aller genügenden Ent-
schiedenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte
Lösung gefunden werden könne.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte u. a.: Der
grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und
der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegen-
satz zu ihr auf dem Vorhandensein aufbauen, daß wir
ohne Bruch und gewaltsamen Übergang in jenen Gegen-
den ein geordnetes Staatsleben anstreben lassen wollen,
und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebhaberei gegen
die Theorie einen luftleeren Raum zu schaffen und in
einer bisher nicht bezeichneten Weise in diesem
luftleeren Raum den Staat sich bilden zu lassen.

Herr Trostl meinte darauf u. a.: Seines Erachtens könne man jetzt die Verhandlung der beiden Anträge in die vorgeschlagenen Punkte teilen, übergeben. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorgesetzten beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde.

Am 15. Januar haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommissionen zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen der getroffenen Vereinbarung entsprechend in die geschäftsmäßige Besprechung der vier zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter vorläufiger Zurückstellung von Punkt I betreffend das Territorium eingetreten wurde.

Staatssekretär Rühlmann stellte hierbei fest, daß die abweichenden Ansichten der verhandelnden Parteien über die Frage, welche Bedeutung den Besatzungen der in den besetzten Gebieten bestehenden Verwaltungskörper zuzumessen, sich auch durch eingehende Diskussionen auf einer mittleren Linie nicht hätten vereinigen lassen, indem er hinzuzufügen, daß diese Umstände an sich nicht notwendigerweise zum Scheitern der Verhandlungen führen müßten, da ja die verbündeten Delegationen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, eine bestätigende Volksabstimmung auf breiter Basis in Aussicht zu nehmen. Gelänge es, über die Bedingungen dieser Volksabstimmung auf breiter Basis Übereinstimmung zu erzielen, so würden die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Volksabstimmungen als konstituierend oder konfirmierend anzusehen seien, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

Bei der Förderung des von Staatssekretär v. Rühlmann gemachten Vorschlags für die Vornahme der einschlägigen Bestimmungen in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß einzukleinen schloß Herr Trostl sofort die Räumungsfrage an. Er führte aus, daß keine genügenden Gründe vorlägen, das Schicksal der fraglichen Gebiete mit dem Verlauf und weiteren Gang des Krieges zu verknüpfen. Freilich wäre durch die Wiederherstellung des friedlichen Verkehrs zwischen den beiden Parteien die Fortsetzung des Krieges auf den besetzten Gebieten nicht ausgeschlossen. Er sei aber der Ansicht, ohne vorläufig einen bestimmten Termin nennen zu wollen, daß die Frage der Regelung der Gebiete der jetzt besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Staatssekretär v. Rühlmann wies demgegenüber darauf hin, es liege schon ein großes Entgegenkommen darin, daß die Verbündeten sich bereit erklärt hätten, die unter dem Artikel I der deutsch-österreichisch-ungarischen Normierung fallenden Gebiete, bezogen auf die von russischen Demobilisierung ohne Rücksicht auf den Fortgang des Weltkrieges zu räumen. Ein weiteres Entgegenkommen seitens der Verbündeten in diesem letzten Punkte habe er nicht für ausgeschlossen, wenn man in anderen Punkten zu einer Abseinerklärung gelange. Da jedoch die Möglichkeit der Wiederherstellung eines Wiederanflommens des Kampfes an der Ostfront bei Fortdauer des Krieges an anderen Fronten ebenfalls erheblich größer sei als nach dem Abschluß des allgemeinen Friedens, müsse er es als unangelegentlich bezeichnen, für die Räumung der in Artikel I des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes angeführten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit dem Abschluß des allgemeinen Friedens rechnungsgemäß sei. Er schloß die Verhandlungen mit dem Hinweis, daß die Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauere, anmöglich aufzugeben werden.

Staatssekretär v. Rühlmann erklärte noch: Das Minimalprogramm der Verbündeten sei in sorgfältiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten aufgestellt und zu seiner Einbringung bezw. Diskussion im einzelnen seien die Verbündeten bereit.

Die Nachmittagsitzung wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär v. Rühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet:

Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraums zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite, abgesehen von den uns angeführten Gründen vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Geneigtheit bestanden hat, auf unsere Darlegungen in irgendwelcher Weise einzugehen. Wir wollen übergehen zu dem zweiten, zur Diskussion stehenden Punkte, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen

die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts erfolgen soll. Die Hauptsache bei der Beantwortung des Fragenkomplexes wird die sein, inwiefern die Freiheit der Abstammung bezw. der Wahl zu der aus sich selbst herausfließenden Bestimmung durch die Gegenwart von Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die verbündeten Delegationen sind von vollkommen aufrichtigen Absichten geleitet, für die Abstimmung bezw. Wahl das bestmögliche Maß von absoluter politischer Freiheit herzustellen, welches mit den Umständen verträglich ist. Dies ist, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, zum großen Teil mit einer militärischen Frage. Der Rahmen, innerhalb dessen die Diskussion über die Frage laufen kann, ist durch militärische Notwendigkeiten gezogen, über welche hinaus wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert

werden kann, sind folgende: Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes im Gange zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt, in keiner Weise politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus diesen Anschauungen heraus vertrete wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstammung in keiner Weise abträglich sein kann und deshalb ihr Vorhandensein die Ausübung einer vollkommen freien Abstimmung keineswegs beeinträchtigt. Der Vorgesetzte der russischen Delegation wandte sich zunächst wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu.

Herr Trostl erklärte, er könne jetzt nicht diese Frage in einer Gestalt beantworten, die für die Verhandlungen von praktischer politischer Bedeutung sei, und es sei einzuwenden, daß die Darstellung aller überlieferten, bisher gehörigen Fragen neben derjenigen von der Räumung der Truppen erst ein annäherndes Bild darüber werde schaffen können, unter welchen Bedingungen die erwähnte Abstimmung verlaufen würde. Zunächst müsse er sich auf die Feststellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nicht nach russischer Ansicht die Bedeutung der Abstimmung sehr schwer beeinträchtigen würde. In einem Zusammenhang mit der eben behandelten Frage sehe die der Rückkehr der Flüchtlinge und der Emigranten in die besetzten Gebiete. Seiner Ansicht nach könne die Zustimmung erst stattfinden, wenn diese Flüchtlinge und Emigranten wieder in ihrer Mehrzahl ihre Heimat zurückgekehrt seien. Die in dem von den österreichisch-ungarischen und deutschen Delegationen überreichlichen Schriftstücke vorgelegene Formulierung erweise ihm zu einschneidend.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen wurde die Sitzung abgebrochen.

Von den gesamten Kriegsschauplätzen werden keine größeren Kampfhandlungen gemeldet.

Vom Seekriege.

Erfolgreiche Streife in der südl. Nordsee. Am 14./15. Januar unternahm leichte deutsche Seestreitkräfte einen Streifzug durch die südl. Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themsemündung bis dicht unter die englische Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Aufnahmen auf, welche Entfernungen bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksamem Artilleriefeuer.

Neue britische U-Boot-Beute.

Ein vollbesetzter englischer Truppentransportdampfer versenkt. Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer: Ein englischer Zerstörer und 2400 W.-R.-A.-2. Handelsfahrzeuge. Am 30. Dezember hat eines unserer Unterboote, Kommandant Oberleutnant J. S. Obermiller, vor Alexandrien einen großen Bewaffneten, durch Fischdampfer und Torpedobootszerstörer stark gesicherten, vollbesetzten Truppentransporter versenkt und darauf in kühnem Angriff den Zerstörer der Sicherung „H. 08“ durch Torpedotreffer vernichtet. Der Transporter hatte nach Beobachtung des U-Bootes anscheinend ausschließlich weisse Engländer an Bord.

Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bezw. die Engländer im Orient Ladung hatten, befand sich ein weiterer vollbesetzter, von Zerstörern gesicherter Transportdampfer von etwa 5000 Tonnen, sowie zwei mittelgroße Dampfer, die aus Geleitzügen herausgehoben wurden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine. Die Verletzung eines Truppentransportdampfers hat deshalb besonderen Wert, weil für die Beförderung von Truppen nur große und schnelle Dampfer mit besonderen Einrichtungen benötigt zu werden pflegen. Vom Untergang des Zerstörers „H. 08“ wußten wir bereits aus englischen Meldungen. Danach sollte die ganze Besatzung bis auf 10 Mann gerettet worden sein. Nun erfahren wir den wahren Hergang. Interessant ist übrigens auch in diesem Zusammenhang die englische Nachricht, daß die britische Admiralität wegen der zunehmenden U-Boot-Gefahr einen Teil ihrer Transporte nach Westpatnamien und Palästina nicht mehr durch das Mittelmeer jenseit, sondern westwärts über den Atlantischen und Stillen und Indischen Ozean.

Der „Reit-Pariser“ meldet aus West: Der Silberdampfer „St. Margarete“ nach heutigem Ankergefecht von einem U-Boot versenkt. Drei Mann der Besatzung wurden getötet und mehrere verundet.

Winnepfer. Einer Melbourneur Meldung der in Paris erscheinenden „Chicago Tribune“ zufolge kündigt die australische Admiralität an, daß selbst eine Anzahl kanffahrtsfähige von großem Tonnagegehalt in den australischen Gewässern durch treibende Minen vernichtet wurden. In gewissen Teilen der australischen Gewässer sollen Treibminen, die angeblich von „neutralen“ Schiffen gelegt wurden, sehr zahlreich sein.

Der Rotterdammer Dampfer „Wespolde“ ist im Meeren nordwestlich von Eden wurde gesunken. Man weiß nicht, ob das Schiff torpediert oder auf eine Mine gelautert ist. Von den 18 Mann der Besatzung wurden 12 darunter zwei Schwerkerverwundete, in Schweden gelandet. Auch ein Toter wurde an Land gebracht.

Die Vorgänge in Rußland.

Wien auf den Venen.

Die R. T. M. meldet: Als Venen eine Abteilung der sozialistischen Partei wurde, die zur Front abging, befehligt hatte und im Automobilschicksal, wurden auf dieses vier Reserven schüsse ohne Erfolg abgefeuert.

Das Personal der rumänischen Gesandtschaft verhaftet. Ein amtliches englisches Telegramm aus Petersburg befragt, daß das Personal der dortigen rumänischen Gesandtschaft verhaftet und in die Peter-Pauls-Festung gebracht worden ist.

Von der russischen Grenze wird der „Nat.-Ztg.“ gemeldet: Krynka so ordnet auf Grund eines Befehles des Vizes der Bolschewiki die Entfernung aller Agenten der alliierten Mächte,

soweit sie sich noch in der Kriegsgrenze aufhalten an. In Wien wurden sechs französische Offiziere, die sich hier verhaftet hatten, verhaftet und nach Petersburg gebracht.

Politische Übersicht.

Frankreich. (Havas) Caillaux ist gestern morgen verhaftet und unverzüglich in das Gefängnis für Straftäter übergeführt worden. Die Verhaftung wurde als bekannt gemacht, wie das oben berichtet, großen Einbruch. Über die Gründe der Verhaftung Caillaux meldet das „Reit Journal“: Caillaux hatte gelegentlich seine Besuche nach Argentinien in Buenos Aires unternommen, um ein diplomatisches Amt in Argentinien zu übernehmen und dem Grafen Zurborn. Es existiere ein diplomatisches Attribut, das aufzufallen Anführer mit den Delegationsdokumenten im Prozess Bolshoi aufweise. Das Dokument war an die deutsche Regierung abgereicht. Die französische Regierung erhielt von ihm ein diplomatisches Attribut in Wien. Es wird demnach veröffentlicht. „Giornale“ schreibt: Das Geheimnis, das Caillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen Madame Renouard befehlt, ist letzte Woche geöffnet worden. Es enthält Schmutzreden im Werte von ungefähr einer halben Million, russische und portugiesische Staatspapiere im Werte von 1/2 Millionen und drei politische Attributen. Eine der Attributen enthält ein ausführliches Programm, das in Frankreich veröffentlicht werden sollte, wenn Caillaux zum Ministerpräsidenten ernannt worden wäre. Dieses Programm würde in Wirklichkeit ein Attentat gegen den Staat dargestellt haben. Es sah die Schaffung neuer Staatsorgane vor, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Sarraill einvertraut werden sollte. Die neue Regierungsform in Frankreich wäre im wesentlichen von der gegenwärtigen verschieden gewesen, hätte den Senat mehr befristet als gegenwärtig und die Kammer mehr demokratisch gemacht. Der Vorsteher des Attributs, der „Reit Journal“ war voll von Einzelheiten über die Zusammenkünfte des neuen Ministeriums über die Militärregierung von Paris.

England. Laut einem Londoner Spezialtelegramm der „Times“ über die britischen Vertreter Frankreichs im Auslande, die dem Kaiserlichen Kommando in der Vorkriegszeit im Auftrag der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgekommen wurden. Corriere della Sera“ meldet aus Paris, daß sich das Militärgericht im Strafverfahren gegen Caillaux bereits vor 8 Tagen als zuständig erklärt hat. Der Senat aus Paris meldet, daß das Ministerium eine Vorlage eingebracht auf Erhöhung der Soldatenlöhne von 1 auf 3 Francs täglich.

England. Laut einem Londoner Spezialtelegramm der „Times“ über die britischen Vertreter Frankreichs im Auslande, die dem Kaiserlichen Kommando in der Vorkriegszeit im Auftrag der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgekommen wurden. Corriere della Sera“ meldet aus Paris, daß sich das Militärgericht im Strafverfahren gegen Caillaux bereits vor 8 Tagen als zuständig erklärt hat. Der Senat aus Paris meldet, daß das Ministerium eine Vorlage eingebracht auf Erhöhung der Soldatenlöhne von 1 auf 3 Francs täglich.

Deutschland.

— Eine Sitzung des Kaisers für aus Feindesland ausgewiesene. Der Kaiser hat die Beratungskonferenz des Reiches für deutsche Flüchtlinge ein Geschenk von 20000 Mark zur Verwendung für aus Feindesland ausgewiesene Reichsdeutsche übermitteln lassen.

Der Reichszugler hat ein Mittwoch in Gegenwart des Ministers des Innern einige Herren und der Robins Polen empfangen, die Ansuchen und Wünsche der deutschen Freile der Dinarz zur Polenpolitik vorbrachten.

Über die letzten Verhandlungen in Berlin schreibt die „Reit-Vollsetzung“: Es kann heute ganz offen ausgedrückt werden, daß zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Grafen Hertling wohl Meinungsverschiedenheiten über einige Fragen bestanden, die vielleicht auch wieder entfallen könnten, doch über die Lage des Reiches und die deutsche Sache über keinen Zweifel des Ministries an positiven Berlin und der Obersten Heeresleitung nicht bestanden haben. Im Gegenteil, bei der Obersten Heeresleitung sieht man dem weiteren Zusammenarbeiten mit dem Reichszugler in den Fragen des Friedensschlusses mit Vertrauen entgegen, was die Ausdrücke der letzten Tage beweist.

Das Herrenhaus und der Freiden. Graf v. Dehr-Wöhrenhof, Graf v. Kerppling-Neubund und Dr. Graf Nord von Bartenburg haben mit der Unterzeichnung vor

Bekanntmachung.

Verkauf: Fleischhandelshöchstpreise für den Fleischverorgungsbezirk der Stadt Merseburg.

Für den Fleischverorgungsbezirk Merseburg werden die Höchstpreise festgesetzt:			
Fleisch mit Knochen 2,10 Wt.	Schlammfleisch 2,80	Knackwerk geräuchert 1,50	
Rohfleisch 2,80	Speck, Schmeer 2,10	Rindfleisch 0,40	
Schweinefleisch 1,70	Sebacktes 2,00	Junge (ohne Knochenbeilage) 2,80	
Leberwurst frisch 1,90	Fäntalg 2,50		
Leberwurst geräuchert 2,00			
Blutwurst 2,00			

Die Fleischmarken aus anderen Bezirken werden in die Stadt Merseburg nur zu dem Werte angerechnet, den sie dort haben und höchstens zu dem Werte der Fleischmarken im Fleischverorgungsbezirk der Stadt Merseburg.

Der Fleischverkäufer hat in dem Verkaufsaum an einer von der Polizeibehörde bestimmten besonderen Stelle den vom Magistrat Merseburg gelieferten Anschlag mit den vorstehenden Höchstpreisen anzuordnen. An derselben Stelle hat er auf einer schwarzen Tafel die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Wochenfleischmenge anzuschreiben. Das Anordnen der Preise um mehr als einen Pfennig ist verboten.

Der Versorgungsberechtigte hat seinen Anschlag auf Lieferung einer bestimmten Fleisch- oder Backsorte. Der Fleischverkäufer ist aber verpflichtet, seinen berechtigten Wünschen nach Möglichkeit zu entsprechen.

Fleisch mit Ausnahme von Junge darf nur mit Knochen abgegeben werden. Die Knochenmenge darf auf 100 gr Rohfleisch nicht mehr als 20 gr, auf 100 gr Kalbsfleisch nicht mehr als 35 gr des Gesamtgewichts betragen.

Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 10000 Wt. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit einer dieser Strafen bestraft. Auch kann ihm auf längere oder kürzere Zeit der weitere Gemeindebetrieb untersagt werden.

Im übrigen verbleibt es bei dem bisher vom Magistrat geübten Verfahren.

Merseburg, am 8. Januar 1918.
Der Königliche Landrat.
F. W. von Gronow.

Bekanntmachung.

Das stellv. Generalkommando gibt bekannt, daß Militärpersonen am Ausbleiben an Privatpersonen, für Kriegsdienstleistungen, Tagelohn usw. von nächster Zeit ab nicht mehr vorstellbar sein und auch nicht vorstellbar gemacht werden können. Betriebe, die auf Wiederbeschäftigung angemeldet sind, und bisher freie Hilfe in Anspruch nahmen, werden daher künftighin auf die Hilfe für den Kriegsdienst nicht mehr Anspruch haben. Der Landwirtsch. Hilfskommando von 1917 im Jahre 1918 seitens der Deeresverwaltung zur Verfügung gestellt werden können. Jedenfalls sollte sich niemand auf diese Hilfe verlassen. Nicht mehr es versteht, die Versorgung des Vordienstes aus dem Amt auszuscheiden zu wollen, in der Absicht, dann ausangeworbene Betriebe Hilft zu erhalten zu können. Damit die Produktion nicht Schaden leidet, wird es nötig sein, daß alle betreffenden Wirtschaftsbetriebe so frühzeitig wie möglich die zur ordnungsmäßigen und gesicherten Fortführung ihrer Betriebe unentbehrlichen Wiederbeschäftigung unter allen Umständen selbst beschaffen.

Die Beschaffung im Handel kann nur unter Verzicht auf die Vorteile der freien Beschaffung geschehen, selbst bei Anrechnung der freien ausgetriebenen Betriebe erhaltenen Entschädigung, ausschließlich, kommt die Beschaffung für fehlende Betriebe durch die Landwirtschaftskammern in Betracht.

In Betracht der Wichtigkeit und Notwendigkeit der Sicherstellung ausreichender Spannkraft stellen ich den Interessenten anheim, schon jetzt Betriebe für das kommende Wirtschaftsjahr sich im freien Handel zu beschaffen, bevor Anträge auf Überweisung von Betrieben seitens der Landwirtschaftskammer hier vorzuliegen.

Merseburg, den 28. Dezember 1917.
Der Königliche Landrat.
F. W. von Gronow.

Freibankmarken-Ausgabe.

Die Ausgabe der Freibankmarken findet in folgender Reihenfolge statt:

Tag	Uhr	Streifen	Zeichen
Freitag den 18. Januar	vorm. 10-12	für die Straßen A bis einschl. G	CKMPUS
Sonntag 19.	nachm. 2-5	„ „ „ H „ „ „	
Montag 21.	vorm. 10-12	„ „ „ I „ „ „	
Dienstag 22.	nachm. 2-5	„ „ „ J „ „ „	
Mittwoch 23.	vorm. 10-12	„ „ „ K „ „ „	
Dienstag 22.	nachm. 2-5	„ „ „ L „ „ „	
Mittwoch 23.	nachm. 2-5	„ „ „ übrigen Straßen.	

Merseburg, den 17. Januar 1918. L. A. 128/18.
Der Magistrat.

Ein Lehrling

ist gesucht.
Oswald Bötiger,
Klempnermstr.

Für mein Kolonialwaren- u. Kaffee-Spezial-Geschäft suche ich einen Lehrling

Lehrling
mit guten Schulkenntnissen.
Walter Beremann,
Kaffee-Groß-Händler u. Weinhdlg.

Ein Lehrling
sucht zu übernehmen.
H. Wunack, Schuhmacherstr.,
Steinstraße 8.

Mehrere
Schneiderinnen
für meine Arbeitsstufe
sogleich gesucht.
Otto Dobkowitz,
Entenplan 8.

Kellner-Lehrling
Ostern 1918
sucht
Zivillitheater Merseburg.

Fleischverkauf auf der Freibank

Rabot am 18. Januar 1918 in folgender Reihenfolge statt:
Dienstag den 8-9 Uhr auf die Ordnungsnummern 601-675
und am 19. Januar 1918
Dienstag den 8-9 Uhr auf die Ordnungsnummern 751-850
Merseburg, den 17. Januar 1918. L. A. 1 122,18.
Das Rübliche Lebensmittelamt.

Kammer-Lichtspiele!!!

Ab heute Freitag bis Montag große Tage!
„Das rätselhafte Testament!“
Grosser spannender Detektiv-Schlager des berühmten
Meister Detektiv Ivo Osch. 4 Akte.
„Die Glocke!“
Erregendes Drama in 4 Akten.
Frei nach Motiven von Friedrich von Schiller.
Ausserdem ein vorzügliches Beiprogramm!
Anfang pünktlich 7 1/2 Uhr. Fernruf 539.
Da das Programm sehr lang, wird um
pünktliches Erscheinen gebeten.
In Kürze: „Der Riesensbrand der grossen Oper!“

Rüben-Trodnung.

Wir sind jetzt wieder in der Lage,
Rüben jeder Art und in jeder Menge
für Landwirte und sonstige Interessenten
zu trocknen.
Stadtthranerei Carl Beraer,
Merseburg.

Schreibmaschinen-Reparaturen aller Systeme

werden schnell und sauber ausgeführt.
Auf Verlangen werden Reparaturen gleich am Platze gemacht.
Vertreter der „Ideal“-Schreibmaschine.
Tel. 322. Hermann Beckold, Weissenfels, Marienstr. 14.

Aufmerksame Bedienung. Mässige Preise.

Karl Tänzer-Adolf Schäfers Nachf.

Spezial-Geschäft für

Leinen- und Baumwollwaren, Tischzeuge, Handtücher, Hauswäsche, Bettfedern und Betten.

Fernruf 359.

Merseburg Entenplan 7

Solide Qualitäten. Grosse Auswahl.

Wir suchen für unsere Waagen-Schleiferei und -Reparatur
einen zuverlässigen **Riffler**.
B. Herrich & Co.

Tivolli-Theater

Freitag den 18. Januar 1918,
abends 8 Uhr:
Einnaktige Aufführung!
Komete Suckerl.
Sinfonie in 3 Akten von Blumen-
thal und Koppel. Schied.

Sonntag den 20. Januar 1918,
abends 8 Uhr:
Zum letzten Mal:
Die lustige Witwe
Operette in 3 Akten von Fr. Lehár.
Nachmittags 4 Uhr:
Grosse Kinder-Vorstellung
**Die Prinzessin
von Marzipan.**
Märchen in 5 Bild. v. A. Bömer.

Cinophon-Theater

Gr. Ritterstr. 1.
Programm von
Freitag bis Sonntag.
**Die
Kamelendame**

Drama in 5 Akten nach dem be-
rühmten Roman von Dumas.
Der zweite Film der Kronen-
klasse
**Die Wacht am
Sturmloch**

Satirischer Schwanck in 2 Akten
Sonntag von 8-5 Uhr
Jugend-Vorstellung.
Sonntag Beginn der Abendvor-
stellungen 8 und 8 Uhr.

Sonntag den 20. Jan.,
nachm. 3 1/2 Uhr:
Berufsammlung
im Vereinszimmer beim
Schulmstr. Osch. u. im
der Geisel Str. 8.
Der Vorstand.

Bettmässen
Bedienung sofort oder Geschlecht
angeben. Auskunft nachgefragt.
Sanitäts, Fürth 1 B, Flöbaurstr. 22.
Aufwartung
für no mit egs gesucht.
Nachm. u. nachmittags
Weisse Mauer 20. part.
Einen Lehrling
für ein Oberm ein
Karl Brückner, Bädermstr.,
Salzstr. 87.

Eine Aufwartung
für Mittwoch nachmittags 2-4 Uhr
Königliche Kreisasse, Dom.
Am 18. 1. nachmittags von
2 Uhr schwere Bedienung mit
einem 20- und 6 Wirt. Schein
mit verschiedenen Lebensmittl-
marken und Schokoladen-
scheiden für 5. Vollrath auf die
Wiese vom Bürgerlichen Brau-
haus bis zur elektrischen Bahn
verloren werden.
Gegen gute Bezahlung abzu-
geben im Bürgerlichen Brauhaus.
Weisse Schwabenstrasse
Teloren. Gegen Bezahlung abzu-
geben Buchstr. 11. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1.
Brauer Ludwig Diensttag
abend in der Unter Altenberg
verloren. Gegen Bezahlung ab-
geben Schöling 1. part. Str. 8.
Gegen gute Bezahlung.

Merseburg und Umgegend.

17. Januar.

Die fließende Kleingeldverteilung für den fließenden Kleingeldverkehr...

Veränderung des Provinzialhaushalts. Der Provinzialhaushalt der Provinz Sachsen...

Unterstützung der Besatzungsarmee. Die Besatzungsarmee in der Provinz Sachsen...

Ein Auswanderer von Leistungen. Ein Auswanderer von Leistungen...

Erhöhung der Löhne für ländliche Beamte. Erhöhung der Löhne für ländliche Beamte...

Die Feuerpolizei in Merseburg. Die Feuerpolizei in Merseburg...

Die städtische Feuerpolizei. Die städtische Feuerpolizei...

Die städtische Feuerpolizei (weiter). Die städtische Feuerpolizei...

Die städtische Feuerpolizei (weiter). Die städtische Feuerpolizei...

Die städtische Feuerpolizei (weiter). Die städtische Feuerpolizei...

Die städtische Feuerpolizei (weiter). Die städtische Feuerpolizei...

Die städtische Feuerpolizei (weiter). Die städtische Feuerpolizei...

Die städtische Feuerpolizei (weiter). Die städtische Feuerpolizei...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

und des Gewerbevereins Herr Rector Stoge aus Liebenburg über Seeminen, Torpedos und Unterseeboote...

am dem Vortrage ein. Möglichst zahlreiche Erschienen ist erwünscht.

Die Einoppon-Theater in der Großen Ritterstraße konnte das neue Programm am Dienstag...

Die Jugendomnipage ist durch Beschluß einer gestrigen Sitzung im „Neuen Schauspielhaus“...

Am Freitag findet eine einmalige Aufführung des liberal bekannten...

Der Haushalftsplan 1918 der Stadt Merseburg.

Die Haushalftspläne der Sonderhaushalftspläne war ein Umkreis...

Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern. Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern...

Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern (weiter). Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern...

Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern (weiter). Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern...

Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern (weiter). Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern...

Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern (weiter). Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern...

Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern (weiter). Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern...

Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern (weiter). Der Haushalftsplan der städtischen Ämtern...

Merseburger Correspondent.

Erheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sommerferien. — Zugpreis: vierteljährlich 1,90 Mk., halbjährlich 3,50 Mk., einjährig 6,00 Mk.; durch unsere Vertreter auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf. — Fernsprecher Nr. 324. —

Gratisbeilagen:
Illustriertes Unterhaltungsblatt
Landwirtschaftl. u. Handelsbeilage
Wissenschaftliches Monatsblatt
Lotterielisten — Kurszettel

Anzeigenpreis: Für die einseitige Zeile oder deren Raum 30 Pf., im Restanteil 75 Pf., Giltfreigeigen und Nachwekungen 20 Pf., mehr. Platzverzicht ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen-Nahme: 9 Uhr vormittags. — Geschäftsstelle: Delgrube 9. —

Nr. 15

Freitag den 18. Januar 1918

44. Jahrg.

Fortgang der Friedensverhandlungen. — Geringe Geschäftstätigkeit auf allen Fronten.

Der bewährte Kurs.

Wie wir mit Sicherheit angenommen und hier auch immer zum Ausdruck gebracht haben, sind alle für das Gelingen des Reichs verantwortlichen Stellen entschlossen, den alten, bewährten Kurs weiterzuführen. Die Krise der letzten Tage, die allerdings mehr in der Einbildung aufgeworfen oder, was schlimmer ist, parteipolitisch interpretierter Zeitungen bestand, ist völlig beigelegt, aber nicht dadurch, daß irgendeine Neuordnung jattgefeunden hätte, vielmehr allein dadurch, daß sich alle verantwortlichen Stellen aufs neue in dem Entschluß zusammensanden, die bisher wahrgenommene und sich täglich besser bewährende Politik fortzusetzen. Die wohlunterrichtete „Germania“ schreibt denn auch kurz und bündig: „Die Grundlagen unserer Friedenspolitik bleiben in der Tat die alten.“ Und sie fügt ausdrücklich und wohl nicht ohne Rücksicht hinzu, daß es so nicht notwendig war, dem Staatssekretär von Kühlmann für die Verhandlungen in Brest-Litowsk neue Weisungen zu geben. Auch in ihren weiteren Ausführungen entwickelt die „Germania“ Gedanken, denen man nur rüchhaltslos zustimmen kann. So betont sie vor allem die Nöherlichkeit der Annahme, daß Deutschland schließlich politische Grundlinien über den Haufen werfen sollte, die nicht nur an hohen Preis seit Jahren die deutsche Politik bestimmten, sondern die auch erst in den wenigen Wochen von den verantwortlichen Stellen eingehend und in völliger Einigung gesprochen worden ist. Graf Hertling sei kein schwankendes Rohr, er wisse, was er will und was er für das Vaterland erstrebt. Er habe sich diese seine Meinung auch nicht erst von gestern auf heute gebildet und könnte und werde sie darum auch nicht von heute auf morgen wieder aufgeben. Alles das, so möchten wir unsererseits hinzufügen, sind Selbstverständlichkeiten, deren Nichtbeachtung nur dazu dienen könnte, das Reichsloß in schwere Welter zu bringen. Leider fehlt es ja nun nicht an Leuten, die vor solcher falschen Haltung nicht zurückweichen, und es ist bemerkenswert, daß diese Katastrophen-Politiker zugleich für sich in Anspruch nehmen, die besten und besten Deutschen zu sein.

Beratung der territorialen Fragen
 Ihre vierte Sitzung ab. Staatssekretär v. Kühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Delegation überlebensgemäß in formulierter Form mündlich zu beantworten.

In der materiellen Antwort der Verbündeten heißt es: Die der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation übermittelten Vorschläge der russischen Delegation betreffend die Entwicklung der Dinge in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten Russlands weisen demgegen von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Ohne des näheren auf die äußere Form dieser Vorschläge eingehen zu wollen, kann doch nicht unberührt bleiben, daß sie nicht den Charakter des von den Mittelmächten angestrebten Kompromisses tragen, sondern sich vielmehr als einseitige russische Forderung darstellen, die den Wunsch vermissen läßt, die berechtigten Gründe der Gegenseite in Rechnung zu ziehen.

Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert ihre Ansinnen über die künftigen Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob das von ihnen angestrebte Kompromiß Aussicht auf Verwirklichung bieten kann.

Die Frage nach den zur Zeit von den Verbündeten besetzten Gebieten, die ein eigenes Staatliches Leben besitzen, wäre rein zeitlich in viele Stadien zu gliedern:

1. Die Gebiete, die im Besitz der russischen Delegation sind, und die von der russischen Delegation dem Zeitpunkt der russischen Demobilisierung, den Zeitpunkt zwischen dem russischen und dem allgemeinen Frieden, den Zeitpunkt des Übergangsstadiums für die neuen Völker und endlich das definitive Stadium, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchzuführen.

Kühlmanns äußerste Vorschläge gehen dahin:

Zu I. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht liege den Nationen und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen können ihre Selbständigkeit und Abgrenzung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze für die Abgrenzung dieser Gebiete maßgebend sein soll. **Rusland, Binnenn und Polen** bilden auch historisch angesehen völkische Einheiten. **Deutschland und Österreich-Ungarn** haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich von den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen dieser Art freie Hand vorbehalten.

Zu II. Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Delegationen immer wieder hingewiesen haben. Eine

Zurückziehung der Heere.

solange der Weltkrieg dauert, ist unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls die militärischen Umstände es gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe in jenen Gebieten unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Genbarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges Evakuierten betrifft, so wird eine wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall angelegt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu III. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf der weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres anzugeben, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfang die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu IV. Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß

ein Volkssootum auf breiter Grundlage

die Vorschläge über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete konfirmieren soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erhebt unparitätisch. Auch ein Sootum einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Ansicht der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommisäre anerkannten Städtebildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie z. B. der Ukraine und Finnlands, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Vorschläge von auf breiter Grundlage gewählten Nationalparlamenten erfolgten.

Von dem Wunsch bereit, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichseitig hinzu, daß sie

den äußersten Rahmen bilden,

innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Sie waren bei der Formulierung dieser Grundzüge ebenso von der stillschweigenden Annahme des Kampferes, daß die russische Delegation die eigene Behauptung nicht schwächen zu lassen, solange der ungeliebte Krieg fortsetzt, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzen, insoweit zu sehen, endgültig und selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in einen Zustand der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rusland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen ist nur dann möglich, wenn auch Rusland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen, und wenn es anstatt des Versuches, einseitig Diktate aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann. Nur unter Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Nationen noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konfliktes festhalten.

Hierauf ergriff Trostki das Wort und erklärte u. a.: Er hoffe, daß die eben vorlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formalen Schwierigkeiten beseitigt haben, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltene Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Herr Trostki kam auch auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob ein Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur die Ansicht der russischen Delegation bekräftigen kann über die sich untergeordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern spiele. Was die Form des Verhandels anlangt, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vorschlägen und zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden, und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte u. a.: Der grundlegenden Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Ersthanden aufbauen, daß wir ohne Bruch und gewaltsamen Übergang in jenen Gebieten ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerie gegen die Theorie erst einen künftigen Raum zu schaffen und in einer bisher nicht bezeichneten Weise in diesem künftigen Raum den Staat sich bilden zu lassen.

